



**ORIENTIERUNG  
IN DER  
ZEITENWENDE**

# **TRANSFORMATION UNSERER INDUSTRIE- UND HANDELSPOLITIK**

**Seeheimer Strategiepapier**  
Oktober 2022



**SEEHEIMER KREIS**  
in der SPD-Bundestagsfraktion



## ORIENTIERUNG IN DER ZEITENWENDE

### **TRANSFORMATION UNSERER INDUSTRIE- UND HANDELSPOLITIK**

Putins brutaler Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Welt auf den Kopf gestellt. Wir müssen neue, mutige Wege gehen, um unsere im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben in der Industrie- und Handelspolitik umzusetzen. Das Ziel ist klar: Unsere Industrie muss bis 2045 klimaneutral sein. Die Herausforderungen sind gewachsen. **Die Zeitenwende erfordert von der Sozialdemokratie entschlossene Antworten, damit Deutschland ein starkes Industrieland und angesehener Handelspartner in der Welt bleibt.**

**Unser Land wird weltweit für seine industrielle Wertschöpfung, ökonomische Stärke und Innovationsfähigkeit bewundert. Darauf können wir zurecht stolz sein. Dieser Erfolg ist im Angesicht der Zeitenwende keine Selbstverständlichkeit mehr.** Unterbrochene Lieferketten, hohe Inflationsraten, kritische Versorgungssicherheit und stark gestiegene Energiepreise setzen dem Industriestandort Deutschland beträchtlich zu. Günstige Energie-, Gas- und Rohstoffpreise gehören auf absehbare Zeit der Vergangenheit an. Die bedarfssynchrone Produktion wird einer resilienten Produktionsweise weichen müssen. Kurz: **Unsere Industrie- und Handelspolitik muss sich verändern, damit der Industriestandort Deutschland Bestand hat.**

- » Wir brauchen einen **aktiven Staat** zum Schutz und zur Förderung unserer Industrie. Neben einem umfassenden Rettungsschirm für unsere Unternehmen braucht es die Bereitschaft zur aktiven, zeitlich begrenzten staatlichen Beteiligung an relevanten Unternehmen, wenn diese in eine kritische Notlage geraten. Der Einstieg bei Uniper ist ein Beispiel für eine systemisch notwendige Beteiligung. Künftig müssen wir staatliche Instrumente dafür vorhalten und sinnvoll weiterentwickeln.
- » Unser wirtschaftspolitisches Leitbild sieht den **Staat als Partner industrieller Entwicklungen** und Ermöglicher neuer ökonomischer Innovationen. Wo sinnvoll und gewünscht, sollte der Staat als befristeter Investor auftreten und Unternehmen dabei unterstützen, neue Innovationen und Wachstum zu generieren – ohne damit private Investitionen zu verdrängen. Es gilt mit einer intelligenten Industriepolitik privatwirtschaftliche Lücken zu schließen und so Wohlstand sowie wirtschaftliches Wachstum erfolgreich zu fördern.
- » Wir brauchen eine nationale Anstrengung, um unsere wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und eine deutsche **Energieunabhängigkeit** zu schaffen. Die Verfügbarkeit





von ausreichend, bezahlbarer und perspektivisch CO<sub>2</sub>-neutraler Energie ist die Schicksalsfrage für den Bestand und das Wachstum der deutschen Industrie. Dafür braucht es einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien und mittelfristig eine deutliche Erhöhung der weltweiten auf erneuerbaren Energien basierenden Gaserzeugungskapazitäten. Wir werden die Produktion von Wasserstoff im industriellen Maßstab in Deutschland und Europa entschlossen angehen. Für diese Vorhaben gilt es Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Bürokratie deutlich abzubauen.

- » Damit wir bei der Energieversorgung nicht von einer Ressourcenabhängigkeit in eine Transportabhängigkeit steuern, gilt es eine hochflexible **LNG-Tankschifflotte in staatlicher Hoheit** aufzubauen, die nicht nur LNG, sondern auch Wasserstoff-Derivate wie Methanol und Ammoniak weltweit transportieren kann. Nur durch den Besitz eigener maritimer Transportkapazitäten im Energiebereich und bei der Grundstoffversorgung kann eine nachhaltige Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Der Aufbau einer LNG-Flotte sollte primär über Werft- und Produktionskapazitäten in Deutschland umgesetzt werden. Der Schiffbaustandort Deutschland wird damit massiv gestärkt.
- » Die derzeitigen hohen **Inflationsraten** sind ein zentrales Problem für Verbraucher:innen und für unsere deutsche Wirtschaft. Deshalb ist eine Industriepolitik, die bezahlbare Energiepreise und funktionierende Lieferketten ins Zentrum rückt, gleichzeitig auch wirksame Inflationsbekämpfung. Ziel ist es, die Kaufkraft der Haushalte aufrecht zu erhalten und so die wirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren und zugleich die hohe Inflation einzudämmen. Grundsätzlich bekennen wir uns zu einer langfristig soliden und ausgeglichenen Haushaltspolitik.
- » Damit die Transformation unserer Wirtschaft gelingt, muss dem **Fachkräftemangel** entschlossen entgegengewirkt werden. Dazu werden wir Aus- und Weiterbildung weiter stärken. Durch familienfreundliche Arbeitsstrukturen, den Abbau von Diskriminierung und dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit werden wir die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen. Zudem braucht es eine deutlich höhere Fachkräfteeinwanderung. Das bestehende Einwanderungsgesetz muss weiterentwickelt und für die erfolgreiche Gewinnung qualifizierter Fachkräfte deutlich vereinfacht und praxistauglicher gemacht werden. Denjenigen, die bereits in unserem Land leben und gut integriert sind, muss eine Arbeitsaufnahme ermöglicht werden.





- » Wir werden unsere **Lieferketten** durch eine schnelle Diversifizierung an die neue Weltlage anpassen. Ziel muss sein, sich zukünftig bei keinem kritischen Gut mehr einseitig abhängig zu machen. Dazu werden wir mehr auf direkte Produktion in Deutschland und der Europäischen Union setzen. Unsere Handelspolitik muss neben den Kosten künftig strategische und sicherheitspolitische Aspekte berücksichtigen.
- » Zur Neuaufstellung unserer Handelspolitik gehört eine strategische Fokussierung auf unsere **Seehäfen** und unsere **maritime Handelsschifffahrt**. Unsere Seehäfen als zentrale Warenumsschlagplätze und Energiedrehscheiben müssen gestärkt werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Seehäfen zu sichern, müssen wir für die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene eintreten.
- » Zur Neuaufstellung unserer Handelspolitik gehört ein neues Verständnis der Bedeutung von **Freihandel**. Wir befürworten fairen und regelbasierten Freihandel – davon brauchen wir deutlich mehr. Die Ratifizierung von CETA ist dringend notwendig. Wir brauchen ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA. Darüber hinaus braucht es weitere Freihandelsabkommen insbesondere mit den demokratischen Ländern des globalen Südens. Der Klimaclub von Bundeskanzler Olaf Scholz bietet den richtigen Rahmen, um multilaterale, strategische Partnerschaften für Handel, Klimaschutz, Energie und Rohstoff zu vereinbaren. Wir wollen Freihandelsabkommen zukünftig aktiver dazu nutzen, uns mit unseren verbündeten Demokratien im beiderseitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interesse zu vernetzen.

**Es ist unsere Aufgabe, Deutschland für die Zukunft klimaneutral, wirtschaftlich souverän und strategisch unabhängig aufzustellen und den industriellen Kern unseres Landes zu erhalten. Zentraler Bestandteil in der erfolgreichen Gestaltung der Zeitenwende ist daher eine an die neuen Herausforderungen angepasste Industrie- und Handelspolitik.**

